

Prognose Gemeindefinanzen bis 2029 und Handlungsempfehlungen

Wien, 4. Mai 2026

Mag. Alexander Maimer, Dr.ⁱⁿ Karoline Mitterer

Prognose & Schlüsse

– die wichtigsten Ergebnisse vorab



- Besseres operatives Ergebnis der Gemeinden 2025 erwartbar
 - primär durch Anpassungen von Gebühren und Leistungsentgelten, Reduktion der Sachkosten (z.B. Rückgang Instandhaltung) sowie Haushaltsausgleich durch Länder
- Rückgang des öffentlichen Defizits durch deutlichen Rückgang bei Investitionen erklärbar
 - Risiko Investitionsrückstau
- Ohne struktureller Reformen weiterhin keine nachhaltige Entspannung der Gemeindefinanzen in Sicht
 - v.a. Umlagenproblematik und Grundsteuerreform sind weiterhin ungelöst
- Weiterhin gilt: Erreichen der Einsparziele ohne strukturelle Reformen ist nur über deutliche Leistungskürzungen möglich

Drei Szenarien der Gemeindefinanzprognose

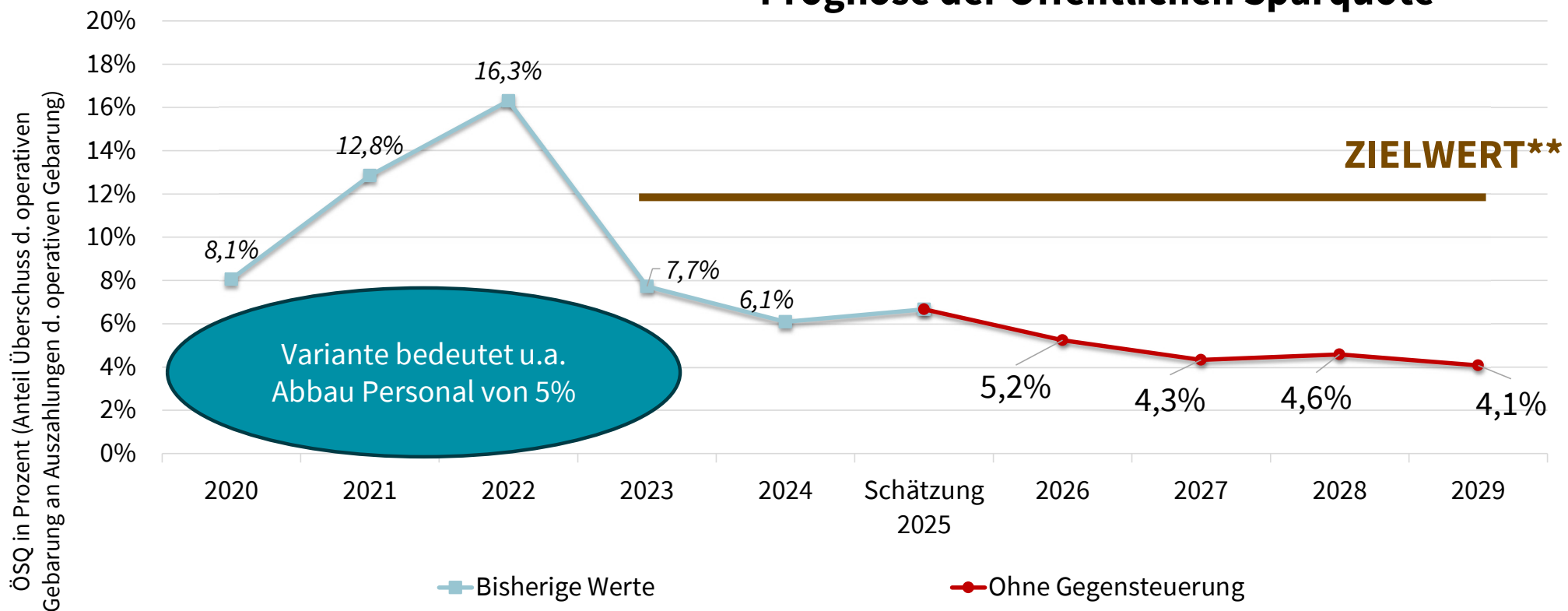


	Basis – Ohne Gegensteuerung	Szenario Konsolidierung innerhalb Gemeinden	Szenario Konsolidierung + besserer Rahmen
Ertragsanteile	Ertragsanteilsprognose BMF Oktober 2025 bzw. April 2026		
Eigene Abgaben	Kommunalsteuer gemäß Lohn- und Gehaltssumme (WIFO), weitere eigene Abgaben gemäß 5-Jahresschnitt		Erhöhung Grundsteuer um 50% ab 2027 (Hebesatz 750)
Gebühren, Leistungsentgelte	Mittelwert VPI Vorjahr und aktuelles Jahr	Höhere Steigerung (VPI plus 1 Prozentpunkte ab 2026+2027)	
Finanz- zuweisungen	keine zusätzlichen Finanzaufweisungen von Bund oder Ländern		
Umlagen	gemäß Vorgaben der Länder		Krankenanstaltenumlage -25% ab 2028
Personal- ausgaben	Gehaltsabschluss	Geringere Steigerung (minus 1 Prozentpunkt bis 2027)	
Weitere Auszahlungen	Orientierung an VPI (teils zeitverzögert)	Geringere Steigerung (minus 1 Prozentpunkt bis 2027)	

Grün = Unterschied zu den anderen Szenarien

Gemeindefinanzprognose: Anschließen an Vorkrisenniveau weiterhin in weiter Ferne

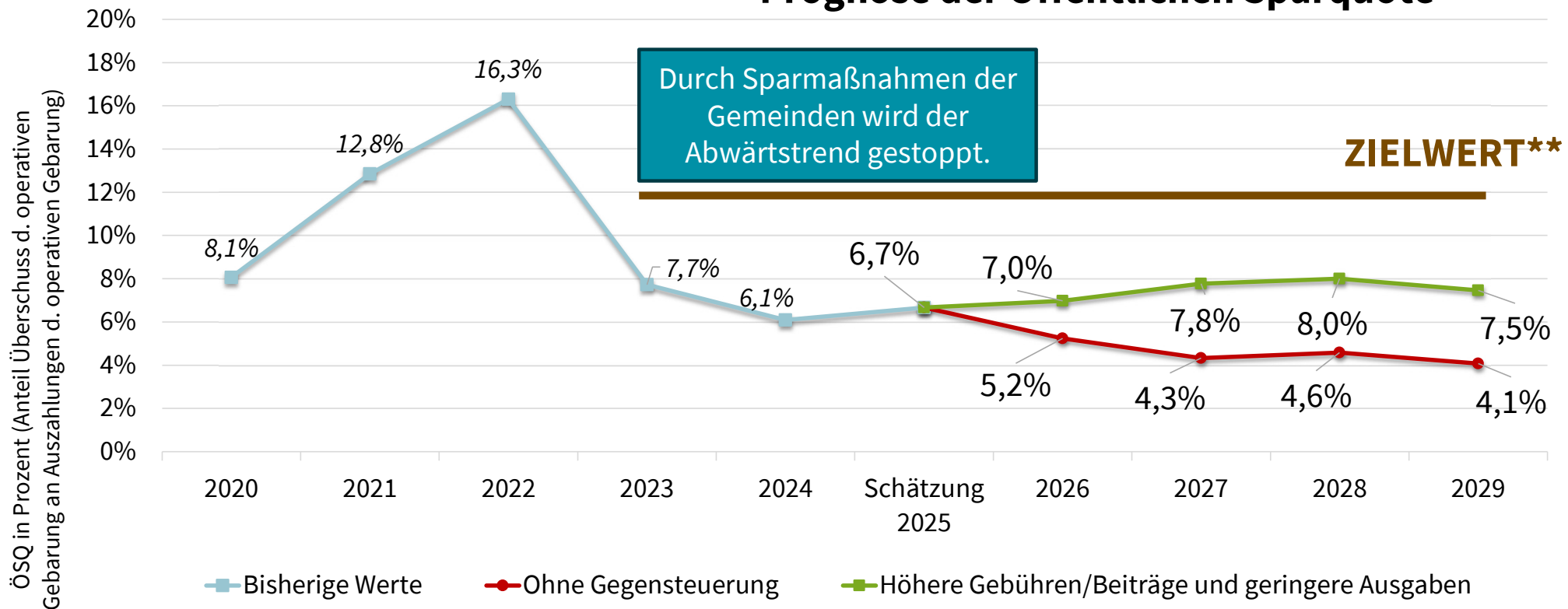
Prognose der Öffentlichen Sparquote*



* Die Öffentliche Sparquote zeigt an, welcher Anteil an operativen Einzahlungen nach Abzug der operativen Auszahlungen für Investitionen und Schuldtilgungen verbleibt. Als Richtwert gelten hier zumindest 12 Prozent, um weiterhin ausreichend Investitionen tätigen zu können. ** Durchschnitt Vorkrisenniveau.

Gemeindefinanzprognose: Anschließen an Vorkrisenniveau weiterhin in weiter Ferne

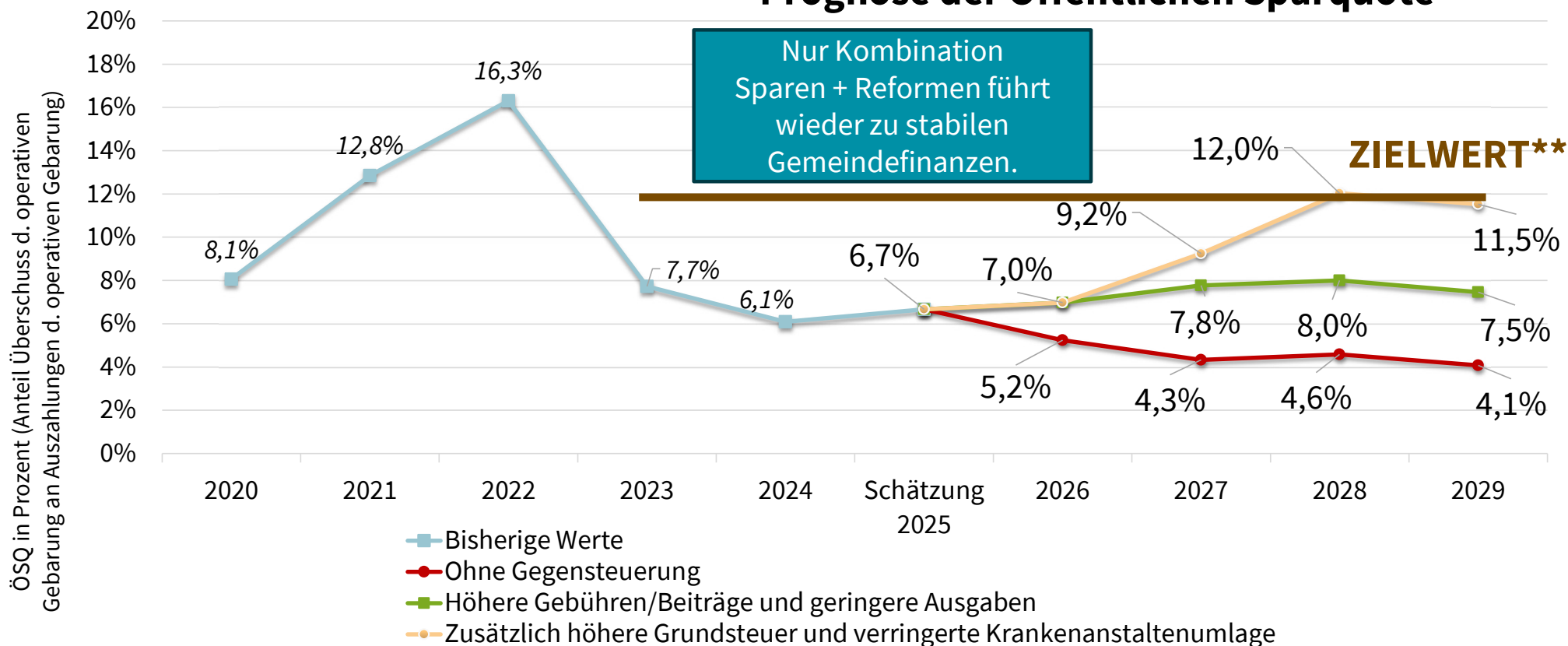
Prognose der Öffentlichen Sparquote*



* Die Öffentliche Sparquote zeigt an, welcher Anteil an operativen Einzahlungen nach Abzug der operativen Auszahlungen für Investitionen und Schuldtilgungen verbleibt. Als Richtwert gelten hier zumindest 12 Prozent, um weiterhin ausreichend Investitionen tätigen zu können. ** Durchschnitt Vorkrisenniveau.

Gemeindefinanzprognose: Anschließen an Vorkrisenniveau weiterhin in weiter Ferne

Prognose der Öffentlichen Sparquote*

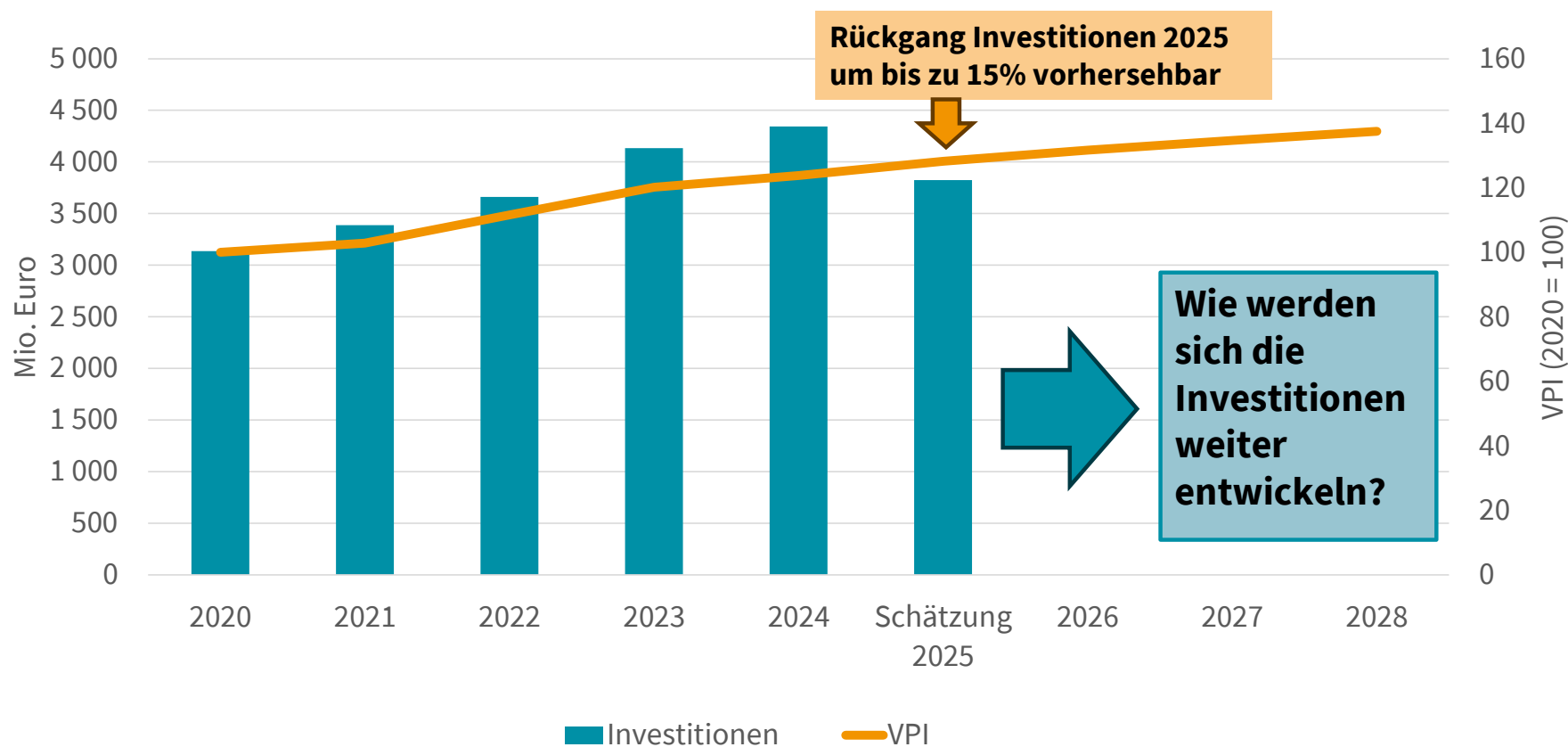


* Die Öffentliche Sparquote zeigt an, welcher Anteil an operativen Einzahlungen nach Abzug der operativen Auszahlungen für Investitionen und Schuldtilgungen verbleibt. Als Richtwert gelten hier zumindest 12 Prozent, um weiterhin ausreichend Investitionen tätigen zu können. ** Durchschnitt Vorkrisenniveau.

Entwicklung Abgangsgemeinden

- Ohne strukturelle Reformen (Konsolidierungsszenario) bleibt der Anteil an Abgangsgemeinden von rund 45 Prozent trotz deutlicher Konsolidierungsmaßnahmen (inkl. Rückführung Personal) auf hohem Niveau stehen
 - Mittel über Bedarfszuweisungen zum Haushaltsausgleich sind hier bereits berücksichtigt
- Verschiebung von Bedarfszuweisungen weg von Investitionen hin zu Haushaltsausgleich

Investitionen der Gemeinden



Umlagen schwächen Ertragsanteile substantziell

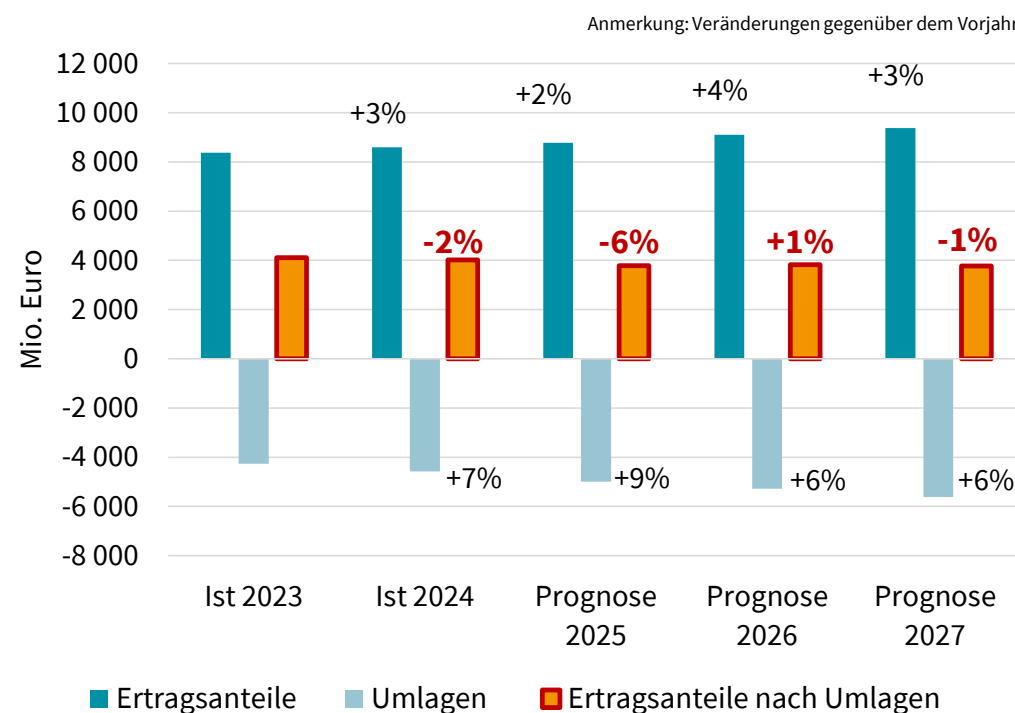
Problem:

- Ertragsanteile werden durch Umlagen zunehmend reduziert: minus 8% von 2023 bis 2027
- bis 2029 kommen nur mehr 39% der Ertragsanteile bei den Gemeinden an
 - im Vergleich 2019: 51%

Reformen:

- Reduktion der Umlagedynamik
- Entlassen der Gemeinden aus der Krankenanstaltenfinanzierung

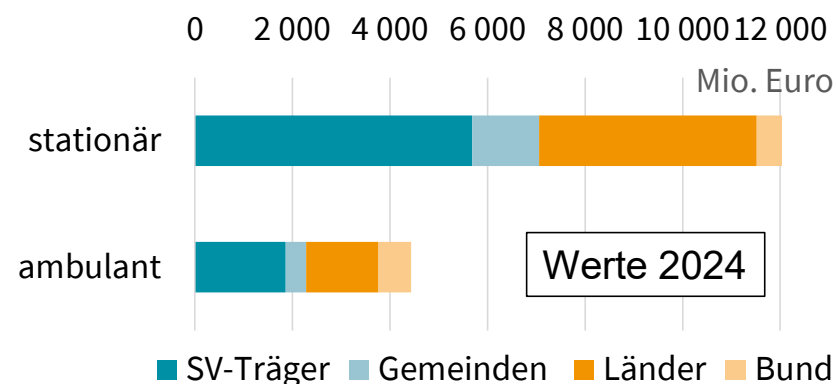
Abb: Entwicklung Ertragsanteile und Umlagen inkl. Prognose



Quelle: KDZ (2025) auf Basis BMF Ertragsanteilsprognose Oktober 2025 bzw. April 2026, Befragung zu Umlagenentwicklung der Länder.

Krankenanstaltenfinanzierung

- Gemeinden sind über Umlagen an der Finanzierung von Krankenanstalten beteiligt
 - 18 Prozent der öffentlichen Ausgaben von B, L und G für Krankenanstalten tragen Gemeinden
 - Hohe Ausgabendynamik
 - untersch. Belastung pro Bundesland
- Grundlegende Reform der Krankenanstaltenfinanzierung notwendig
 - Entlassen der Gemeinden aus der Finanzierungsverantwortung



Gesamteinschätzung KDZ

- Gemeinden haben 2025 Konsolidierungsschritte gesetzt und ihr Defizit reduziert
 - Anpassungen von Gebühren und Leistungsentgelten
 - Reduktion der Sachkosten (z.B. Rückgang Instandhaltung)
 - Aufschiebung von Investitionen (Risiko Investitionsrückstau!)
- Ohne struktureller Reformen weiterhin keine nachhaltige Entspannung der Gemeindefinanzen in Sicht
 - v.a. die Umlagenproblematik sowie Grundsteuerreform sind weiterhin ungelöst
 - Stärkung Gemeindekooperationen und -fusionen können helfen, sind aber kein Allheilmittel
 - Ohne grundsätzliche Reformen sind starke Leistungskürzungen erwartbar

Empfehlungen

- Investitionen stärken
 - Berücksichtigung regionale Versorgungsfunktion bei Investitionsförderung des Landes und des Bundes (z.B. Frei- und Hallenbäder)
 - Klimainvestitionsfonds (mit Schwerpunkt Gebäudesanierung, innerstädtischer ÖV und Klimawandelanpassung)
 - Ausweitung und Verstetigung des kommunalen Investitionsprogramms
- Krankenanstaltenfinanzierung:
 - Entlassen der Gemeinden aus der Finanzierungsverantwortung (Finanzierung aus einer Hand)

Empfehlungen des KDZ

- Rasche Umsetzung struktureller Reformen zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen
 - Grundsteuerreform
 - Umlagenreformen – Annäherung der Bundeslandregelungen
 - Ausbau Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe
 - CO₂-Abgabe und Digitalisierungsabgabe als gemeinschaftliche Abgabe

Empfehlungen des KDZ

- Stärkung Gemeindekooperationen bis hin zu Fusionen
 - Rechtssicherheit bei Gemeindekooperationen (z. B. Umsatzsteuerregelung)
 - Anreize über Fördersystem und Unterstützungsleistungen von Ländern
 - Modelle der Kooperationen weiterentwickeln (Mehrzweckverbände, Regionsgemeinden)
 - Freiwillige Fusionen unterstützen
- Kurzfristige Mittel vom Bund zur Überbrückung
 - Weiterführung der Zusatzmittel von 300 Mio. Euro bis die Reformen greifen

Mag. Alexander Maimer



✉ maimer@kdz.or.at

☎ +43 676 84957923

in Alexander Maimer

Dr.ⁱⁿ Karoline Mitterer



✉ mitterer@kdz.or.at

☎ +43 676 84957919

in Karoline Mitterer

🐦 @KaroMitterer

🦋 @karomitterer.bsky.social

Artikel, Studien und weiterführende Infos:

www.kdz.eu/de/wissen/studien

www.kdz.eu/de/aktuelles/blog

Prognosegrundlagen (Gemeinden ohne Wien)

- Ertragsanteile
 - BMF Oktober 2025 und April 2026
- Eigene Abgaben
 - Kommunalsteuer gemäß Lohn- und Gehaltssumme (WIFO April 2026), weitere eigene Abgaben gemäß 5-Jahresschnitt
- Gebühren und Leistungsentgelte
 - Mittelwert aus VPI Vorjahr und aktuelles Jahr, VPI gemäß WIFO April 2026
- Personalausgaben
 - aktuelle Abschlüsse, danach Inflation zzgl. 1% Vorrückung
- Umlagenentwicklung entsprechend Abfrage bei Ländern* (Stand Mitte Nov. 2025)
- weitere Annahmen
 - weitere Einnahmen- und Ausgabengrößen Mittelwert aus VPI Vorjahr und aktuelles Jahr (WIFO Oktober 2025)
 - Zinsaufwand und Tilgungen ausgehend von 2025 in Höhe der Inflation – weitere Verschuldung daher noch nicht berücksichtigt
- Hochrechnung 2025
 - Auf Basis der auf www.offenerhaushalt.at hochgeladenen Rechnungsabschlüsse der Gemeinden mit Stand April 2026

* sofern noch keine Vorgaben des Landes verfügbar waren, erfolgten Annahme auf Basis der Auskunft von Städten